

Hartmut Unger, *Zwischen Ideologie und Improvisation. Moritz Schlesinger und die Rußlandpolitik der SPD 1918–1922*, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1996, 306 S., brosch., 89 DM.

Der Vertrag von Rapallo vom April 1922 war seit den 1950er Jahren Gegenstand intensiver Forschung und Diskussion. Ausgespart wurde dabei weitgehend die Rolle der SPD, da als Träger der Rapallo-Politik vor allem bürgerliche Politiker wie Wirth und Rathenau sowie die Reichswehrführung unter Seeckt galten. Außerdem fanden außenpolitische Auffassungen und Ziele der SPD auch deshalb wenig Aufmerksamkeit, weil man davon ausging, daß sie 1918 kein außenpolitisches und schon gar kein rußlandpolitisches Konzept besessen habe. Unger erfaßt so mit seiner Veröffentlichung, der gekürzten Fassung seiner Dissertation von 1994, einen wenig bearbeiteten Bereich. Im Mittelpunkt steht mit dem Sozialdemokraten Moritz Schlesinger eine bisher kaum beachtete Schlüsselfigur der deutschen Rußlandpolitik. Schlesinger agierte weitgehend parallel zu Ago von Maltzan, der als »Vater« des Rapallo-Vertrags gilt; er arbeitete mit diesem zusammen und war ihm persönlich verbunden. Seit 1919 leitete Schlesinger im Auftrag der Reichsregierung die Verhandlungen über den deutsch-sowjetischen Gefangenenaustausch, wirkte an der Anbahnung erster wirtschaftlicher Verbindungen mit und erhielt angesichts nichtexistierender offizieller Beziehungen zwischen Berlin und Moskau eine zentrale Position bei den politischen Kontakten mit Rußland, bis er trotz seiner Verdienste um die Einleitung der Vorverhandlungen im Frühjahr 1922, unmittelbar vor Rapallo, ausgeschaltet wurde. Er blieb bis 1933 als Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes an der Ausgestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen beteiligt. Mit Paul Scheffer und Gustav Hilger gehörte er zum engsten Beraterkreis der deutschen Botschafter Brockdorff-Rantzau und Dirksen. Im Frühjahr 1933 mußte er wegen seiner jüdischen Herkunft Deutschland verlassen und emigrierte zunächst in die Niederlande, dann in die USA.

Ausgewertet wird hier erstmals der Nachlaß Schlesingers an der Yale-University. Neue Materialien wurden Unger außerdem nach 1990 im Zentralen Parteiarchiv der SED und in Moskauer Archiven zugänglich, so daß er zusammen mit den offiziellen deutschen Akten und den Nachlässen etlicher Beteiligten eine imponierende Quellenbasis erstellen konnte, nicht nur für Person und Aktivitäten Schlesingers, sondern auch für außenpolitische Überlegungen in der SPD. Mit detaillierten Analysen der Verhandlungsverläufe, Memoranden und Berichte wird ein anschauliches Bild der Materien entworfen, um die es bis 1921/22 ging: zunächst um den Austausch der Kriegsgefangenen – ein Thema, das hier erstmals mit allen Einzelheiten dargestellt wird –, danach um Handelsbeziehungen, auf deren Anbahnung die deutsche Wirtschaft wie die Gewerkschaftsleitung drängten, um durch Wiederherstellung von Exportmöglichkeiten die desolate wirtschaftliche Lage Deutschlands zu bessern. Einbezogen werden die komplexen innen- und außenpolitischen Bedingungen, denen dabei Rechnung zu tragen war. Ungers leitendes Interesse gilt der Haltung der SPD. Er weist nach, daß führende Mitglieder der SPD und des ADGB aktiv an der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen beteiligt waren und durchaus zu den Trägern der frühen deutschen Rußlandpolitik zu rechnen sind, die Rapallo vorbereiteten. Dies trifft vor allem für die Gewerkschafter Gustav Bauer, Rudolf Wissell und Robert Schmidt sowie für Hermann Müller als Außenminister zu. Zu nennen sind daneben als Kontaktpersonen Schlesingers Ebert, Scheidemann, David, Wels und Noske. Jedoch war für sie, wie für die SPD insgesamt und auch für Schlesinger selbst das Ziel nicht ein Zusammenspiel mit Rußland gegen den Westen. Sie hofften, eine Normalisierung des Verhältnisses zu Rußland erreichen zu können, ohne die Verständigung mit den Westmächten zu gefährden, die für sie Priorität besaß. Insofern gehörten sie zwar zu den Wegbereitern von Rapallo, nicht aber zu den Trägern derje-

nigen Ostpolitik, für die das Stichwort Rapallo steht. Für Schlesinger war ein Abkommen mit der Sowjetunion nur denkbar in Verbindung mit russisch-alliierten Vereinbarungen. Wie er kurz vor der Konferenz von Genua zum Ausdruck brachte, sei jede politische Bindung an Rußland abzulehnen, durch die Deutschland sich gegen die Westmächte stellen würde (S. 235 f.). Den Rapallo-Vertrag beurteilte er daher kritisch. Die SPD verhielt sich gegenüber Wirths Ostpolitik und Rapallo distanziert und uneinheitlich. Führende Gewerkschafter wie Schmidt und Wissell, aber auch Hilferding, äußerten Zustimmung. Die Partei fand sich mit dem Vertrag ab in der Hoffnung, daß er den Ausgleich mit den Westmächten nicht behindern werde.

Nach Unger wäre die Auffassung zu korrigieren, daß die SPD kein Konzept für die Außenpolitik und besonders für die Rußlandpolitik besessen habe. Die Partei erstrebte den Ausgleich mit den Westmächten, sie wollte durch Verhandlungen, durch den Nachweis von Vertragstreue und den Verzicht auf deutsche Machtpolitik unter Einsatz des Völkerrechts zur Revision des Versailler Vertrags gelangen. Ihr Verhältnis zur Sowjetunion war bestimmt durch Ablehnung der Bolschewiki und Mißtrauen, zugleich trat sie für strikte Nichteinmischung ein. Sie verweigerte sich der von der Linken befürworteten »revolutionären Außenpolitik« im Bund mit der jungen Sowjetunion und ebenso der von Rechts verlangten »aktiven« Rußlandpolitik. Wenn Einzelne aus der SPD und dem ADGB aus pragmatischen Gründen wirtschaftliche Kontakte und eine Normalisierung der politischen Beziehungen zu fördern bereit waren, widersprach das diesen Richtpunkten nicht. Insgesamt überwiegt aber auch bei Unger das Urteil, die SPD habe sich gegenüber konkreten außenpolitischen Schritten indifferent gezeigt, sie habe laviert oder nur reagiert, sich rat- und hilflos verhalten, kaum an Planungen mitgewirkt und wenig über Außenpolitik diskutiert. Mit Ausnahme von Müller während seiner Amtszeit als Außenminister und in gewissem Maße von Wels fanden Schlesingers vorsichtige Versuche, zu Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu gelangen, keine nennenswerte Unterstützung bei der SPD. Das gilt vor allem für Ebert, der jeder Absprache mit Moskau mißtraute, es zugleich aber auch unterließ, entschlossen in den Kurs der Außenpolitik einzugreifen, und ständig überspielt wurde. Herausgehoben sei noch, daß Schlesinger, wie Unger nachweist (S. 192 f.), Müller und Wels schon früh vom Beginn militärischer Kontakte zwischen Reichswehr und Roter Armee unterrichtete. Beide wahrten darüber Schweigen, wohl aus Sorge vor den inneren und äußeren Folgen einer Debatte – und ließen sie damit weitergehen.

Bei der Zusammenfassung seiner Ergebnisse vertritt Unger die These, der Verzicht der SPD auf eine konsistente »Rußlandpolitik mit sozialdemokratischem Profil« und vor allem die Haltung Eberts, der alle Vereinbarungen mit der Sowjetunion aus »stark emotionalen« Gründen abgelehnt habe, seien die Ursache dafür, daß die deutsche Rußlandpolitik sich in einer unkontrollierten Grauzone bewegte. Das Ausweichen in Geheimdiplomatie sei den »Ostpolitikern« als einziger Ausweg erschienen, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten (S. 281). Eine solche Kausalverbindung ist gerade auch aufgrund des Bildes, das Unger vermittelt, in Zweifel zu ziehen. Man kann der SPD ungenügende Beteiligung an außenpolitischer Planung und vor allem den Mangel an Entschlossenheit vorhalten, gegen diese Geheimdiplomatie anzugehen. Diese wurde jedoch zumindest unter Wirth von den meisten Beteiligten bewußt an Ebert und der SPD vorbeigeführt, weil man andere Ziele verfolgte. Als ein gutes Indiz dafür dürfte die Ausschaltung Schlesingers in der letzten entscheidenden Etappe vor Rapallo zu bewerten sein.

*Agnes Blänsdorf, Kiel*